

Volkstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindan, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 9. — Fernsprech-Anschlüsse: 0264 bis 0267. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Monatlich 2,00 Mark, Abholer 1,80 Mark, Einzelpreis 15 Pfennig, Sonntags 20 Pfennig.

Anzeigenpreise: Die 10gepaaltete 27 Millimeter breite Nonpareillezeile täglich 20 Pf., auswärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pf., Vereinskalender 30 Pf., die dreigealtete 30 Millimeter breite Zeile täglich 100 Pf., auswärts 150 Pf. Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Für Platzvorschriften keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg, Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 23.

Magdeburg, Donnerstag den 28. Januar 1926.

37. Jahrgang.

Auf tönernen Füßen.

Die erste Niederlage.

Von der programmatischen Erklärung der neuen Luther-Regierung am Dienstag im Reichstag konnte nur enttäuscht sein, wer etwas Besonderes erwartet hatte. Und das werden herzlich wenig gewesen sein. Denn man wußte vorher, daß sich hier das Sprichwort „Was lange währt, wird gut“ nicht bewahrheiten würde. Man wußte, man hat es bei diesem Kabinett mit einer schweren Zangengeburt zu tun, deren unheilvolle Folgen sich denn auch während der Rede des Reichskanzlers bemerkbar machten.

Luther, der von den Kommunisten als „Der Kanzler mit der eisernen Stirn“ begrüßt wurde, war unsicher und sprach matt in gesucht allgemeinen Formulierungen. Ihn beherrschte die Furcht, nach rechts oder nach links anzustoßen. So wurde seine Rede beinahe inhaltslos. Sie konnte daher kaum einen Widerhall wecken. Selbst aus den Regierungsparteien mangelte die Zustimmung. Die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten schwiegen. Nur die Kommunisten versuchten ein wenig Lärm zu machen. Auch das hörte auf, als Löbe ein paarmal die Präsidialglocke schwang.

Reichskanzler Luther ist auf der Reichstagstribüne und hinter den politischen Kulissen mit allen Mitteln der Vorsicht bemüht, sein Minderheitskabinett nicht schon am Donnerstag in der Stunde der Abstimmung im Strudel stürzender Misstrauensvoten versinken zu lassen.

Misstrauensanträge

sind bereits von den Völkischen und den Kommunisten eingebracht worden, und ein deutschnationaler Misstrauensantrag ist zu erwarten. Die Annahme, daß die Deutschnationalen das Kabinett tolerieren würden, hat sich als falsch erwiesen. Sie verzeihen die Dreistigkeit, daß sogar Demokraten zu regieren wagen, nicht. In die Regierung der Republik gehören keine Republikaner. Kühl, Marx und Reinhold sind Hebejeer, denen deutschnationales Gerrentum keine Heberenz erweist.

Das Schicksal des neuen Luther-Kabinetts wäre besiegelt, wenn die Sozialdemokratie mit der nationalitätlichen Opposition und den Kommunisten gemeinsame Sache machen würde. Jedoch nach einem solchen parlamentarischen Bündnis wird es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch weniger gelüsten als nach der großen Koalition, die sie soeben abgelehnt hat. Eine sich ihrer Verantwortung bewußte große Partei wie die Sozialdemokratische Partei klärt erst die Frage: Was kommt hinterher? Die große Koalition ist ja am Starrsinn der Volksparteiler gescheitert! Und jetzt gar über die kleine Koalition zu reden, wäre Zeitverschwendung. Mo Luther in dritter Auflage, oder gar ein Weimarerkabinett mit offenen oder verkappten Monarchisten.

Darum ist anzunehmen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die sich ihre Entscheidung vorbehalten hat, der neuen Reichsregierung Gelegenheit geben wird, zu zeigen, was sie kann. Das ist natürlich nicht so zu verstehen, daß sie einem Vertrauensvotum zustimmen würde. Luther ist sicher klug genug, keine positive Vertrauenskundgebung zu fordern. Vermutlich ist er schon zufrieden, wenn alle etwa kommenden Misstrauensanträge abgelehnt werden. Er muß sich aber darüber klar sein, und Hermann Müller (Franken) wird es ihm von der Parlamentstribüne noch recht deutlich sagen, daß selbst die auf wackrigste Kritik gestützte vorläufige Duldung durch die Sozialdemokratie noch von gewissen

Voraussetzungen

abhängt. In der Außenpolitik, in der Fürstenaufbindung, in der Sozialpolitik darf Luther nicht einen Schritt nach rechts, sonst ist der Konfliktfall für die Sozialdemokraten da. Sie hat zur Genüge gezeigt, daß in diesen entscheidenden Fragen Konzessionen für sie unmöglich sind.

Bei der ungeheuren Not des Volkes, beim fürchterlichen Elend der Erwerbslosen und Kurzarbeiter interessiert uns heute in ganz besonderem Maße das wirtschafts- und sozialpolitische Programm der neuen Reichsregierung. Ueberwältigend ist es nicht; denn die sozialpolitischen Fragen wurden eigentlich nur mit einigen freundlichen Worten gestreift. Es wurde die Notwendigkeit der baldigen Verabschiedung eines Arbeiterzuschusses und einer Vorlage zur Regelung der Kurzarbeiterunterstützung hervorgehoben. Ueber Erwerbslosenfragen machte der Kanzler keine konkreten und bestimmten Angaben. Es steht also einstweilen dahin, ob und welche Verbesserungen in der Erwerbslosenfürsorge oder in der kommenden Arbeitslosenversicherung vorgenommen werden.

Gerade bei der Erwerbslosenfürsorge hätte die Reichsregierung etwas mehr aus sich herausgehen müssen; denn

das Erwerbslosenproblem

ist das Problem der Stunde. Im Rahmen der bestehenden Gesetze, mit den in Aussicht gestellten Mitteln läßt sich dies Problem nicht lösen. Das Problem der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit ist aber nicht nur für die Erwerbslosen, sondern darüber hinaus für das gesamte deutsche Volk eine Existenzfrage. Hier helfen nicht freundliche Worte und wohlmeinende Ratsschläge, hier müssen sofort Taten gezeigt werden. Luther hat in der Regierungserklärung nicht verraten, ob ihm dies Problem schon besonderes Kopfzerbrechen verursacht hat. Mit „Die Regierung hofft bestimmt...“, läßt sich nichts anfangen.

Das Gerurren um Kernprobleme drückte überhaupt der Luther-Rede das Gepräge auf. Bei brennenden innerpolitischen wie auch außenpolitischen Fragen. Diese Latenz des Ausweichens verhalf der Regierung schon am Tage ihres Antritts zu einer ersten Niederlage im Reichstag. Ein ernstes Warnungszeichen für das Kabinett. Das ging so zu:

Die Deutschnationalen haben vor einigen Tagen einen Antrag eingebracht, der von der Reichsregierung fordert, daß sie den Eintritt in den Völkerbund von der Erfüllung bestimmter, sehr hochgepannter Forderungen an die Entente abhängig macht. Die Sozialdemokratische bekämpft diese deutschnationale Quertreiberpolitik. Gerade darum mußte sie das deutschnationale Verlangen unterstützen, daß der deutschnationale Antrag schon vor Mittwoch in die Debatte über die Regierungserklärung mitverhandelt werde. So erhoben sich denn für diese Tagesordnung deutschnationale, Völkische und Wirtschaftsparteiler auf der Rechten und die Sozialdemokraten mit den Kommunisten auf der Linken. Der schmale Regierungsbloc in der Mitte blieb sitzen. Schon am ersten Tage, wenn auch nur bei der Festlegung der Tagesordnung, eine

große Mehrheit gegen den Kanzler;

der dieser Völkerbundsdebatte hatte ausweichen wollen!

Luther, der die große Koalition so wenig gewollt hat wie die meisten andern Volksparteiler, erlebt nun, wie schwer und undankbar das Regieren mit einer parlamentarischen Minderheit ist. Vielleicht wirkt dieses Experiment erzieherisch. Wenn nicht, wird das dreizehnte Reichskabinett, das sich seit den Februartagen der Nationalversammlung zu Weimar uns vorgestellt hat, sicher nicht ein Duzend Monate leben und sein Ende wird ruhmlos sein. —

Die Misstrauensanträge.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion verhandelte am Dienstag in ihrer sich über fünf Stunden hinziehenden Sitzung über die Lage, die durch die Regierungserklärung gestaltet ist. Die Fraktion beschloß, wie partei-offiziell mitgeteilt wird, am Mittwoch im Reichstag ein Misstrauensvotum einzubringen.

Die Völkische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags: Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.“

Ein Misstrauensantrag der Kommunisten lautet: „Die Regierung Luther-Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags.“

In der großen politischen Aussprache am Mittwoch werden die einzelnen Fraktionen des Reichstags je zwei Redner vorschicken, die nach den Beschlüssen des Vorkonferenzinsgesamt eine Redezeit von 1 1/2 Stunden haben. Die vier Regierungsparteien werden in der ersten Rednerreihe durch Fehrenbach eine gemeinsame Erklärung abgeben lassen. —

Zeuge Max von Baden.

Friedrich Stampfer, der Chefredakteur des „Vorwärts“, erzählte jüngst die Geschichte eines Flugblattes, das er in den kritischen Herbsttagen von 1918 auf Wunsch Scheidemanns verfaßt hatte. Die Entstehung dieses Flugblattes ist, wie jetzt festgestellt werden kann, auf eine grobe Fälschung nicht bloß Scheidemanns und Stampfers, sondern auch des Reichskanzlers Prinzen Max durch die Admiralität zurückzuführen. Stampfer erzählt, daß die Absicht bestand, das von ihm verfaßte Flugblatt vom Reichskanzler Prinzen Max unterzeichnen und in der Flotte verbreiten zu lassen; er fügte aber hinzu, er wisse nicht, ob diese Absicht ausgeführt worden sei.

Gestern erschien nun, so schreibt der „Vorwärts“, ein Genosse in unserer Redaktion und brachte das Flugblatt. Er hat es damals, wie viele tausend andre auch, in Wilhelmshaven in die Sand gedrückt bekommen. Wir geben den Text wortgetreu und der typographischen Ausstattung des Originals entsprechend wieder:

Seelente! Arbeiter!

Tiefbedauerliche Ereignisse haben sich in den letzten Tagen zugetragen. Zwischen Mannschaften, welche die Ordnung gewaltsam zu stören versuchten, und andern, die beauftragt waren, sie aufrechtzuerhalten, ist es zu Zusammenstößen gekommen, bei denen es Tote und Vermundete gegeben hat.

Eine Untersuchung der Vorfälle ist eingeleitet,

bei der alle Umstände sorgfältig geprüft werden sollen, die zu diesen beklagenswerten Ereignissen geführt haben.

Nach den uns bisher gemachten Nachrichten ist die herrschende Erregung durch unjüngliche Gerüchte hervorgerufen worden. Es wurde behauptet, die Offiziere der Kriegsstote seien mit der Friedenspolitik der Regierung nicht einverstanden und planten einen Handstreich, der die Mannschaften nutzlos dem Tode überliefern würde. Die Offiziere der Kriegsstote leisten der Regierung Gehorsam und der gegen sie gerichtete Vorwurf, sie hätten diesen Gehorsam verlegt oder wollten ihn verletzen, ist unberechtigt. Niemand denkt daran, das Leben von Volksgenossen, Familienvätern zwecks aufs Spiel zu setzen. Die Regierung hat schon am 5. Oktober den Gegnern den Abschluß eines Waffenstillstandes vorgeeschlagen, um zweckloses Blutvergießen zu vermeiden.

Wenn der Waffenstillstand noch nicht abgeschlossen ist, so kommt das daher, daß die Gegner ihre Bedingungen noch nicht genannt haben. Solange die Kriegshandlungen durch den Willen der andern Seite fortgehen, bestrebt sich die deutsche Kriegführung zu Lande und zur See, mit Menschenleben so zu sparen, wie dies mit den Zwecken notwendiger Abwehr vereinbar ist.

Die Aufgabe, unnützes Blutvergießen zu vermeiden, kommt aber nicht nur der Regierung, sondern dem ganzen Volke zu. Wir wollen den Völkerrkrieg nicht abschließen, um den Bürgerkrieg zu beginnen. Gewissenlos handelt, wer durch Ausschreitung phantastischer Gerüchte Unruhe verbreitet und die Flamme des Bürgerkriegs entfacht. Beschwerden sollen untersucht,

beredrigte Forderungen erfüllt werden.

Die Regierung ist aber auch verpflichtet, mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, das Volk vor dem Elend zu schützen, das ihm aus der Zerstörung jeglicher Ordnung erwachsen würde, sie ist verpflichtet, nach Recht und Gerechtigkeit zu verfahren, dafür trägt sie vor dem ganzen Volke und seiner gewählten Vertretung, dem Deutschen Reichstag, die volle Verantwortung.

Seelente! Arbeiter!

Seid Ihr Euch der Verantwortung bewußt, die Ihr vor Euren Volksgenossen tragt, sorgt dafür, daß die traurigen Ereignisse der letzten Tage vereinzelt bleiben und daß wir ohne blutige Wirren unsere inneren Angelegenheiten in gefeßelter Freiheit ordnen können, dem deutschen Volke und Euch selbst zum Heil!

Max, Prinz von Baden

Reichskanzler.

Scheidemann

Staatssekretär.

Ritter von Mann

Staatssekretär des Reichsmarineamts.

Der Reichskanzler Prinz Max hat also tatsächlich jenes Flugblatt unterzeichnet und seine Verbreitung gebilligt. Brüninghaus und Trotha behaupten, er hätte von dem Flottenvorstoß gewußt. Hätten sie recht, so wäre Prinz Max der schändlichste Lügner, den Gottes Erdboden jemals getragen hat. Dafür hält ihn aber niemand, der ihn kennt. Und so bleibt nur der Schluß, daß er genau so belogen worden ist wie Scheidemann, Bayer und die andern Mitglieder der Regierung, und daß die Behauptung, er habe von dem Flottenvorstoß gewußt, wiederum eine Lüge ist.

Der Sachverhalt scheint jetzt so klar, daß er kaum noch einer Aufklärung bedarf. Dennoch wird der Untersuchungsausschuß guttun, auf ihn zurückzukommen. —

Scheer gegen Scheer.

Der Admiral von Trotha hat dem Untersuchungsausschuß erzählt, indem er ein Zitat von Churchill auf eine andre Situation anwandte, Ende Oktober 1918 habe das Geschick Deutschlands an einem „leidenden Faden“ gehangen. Er wäre zungunsten Deutschlands gerissen, weil der Flottenvorstoß der Admirale nicht ausgeführt worden sei.

Trotha will glauben machen, daß die verhinderte Seeschlacht Deutschland den Sieg im Kriege, oder doch die Rettung gebracht hätte. So wie Admiral von Scheer in seinem Buche „Vom Segelschiff zum U-Boot“ behauptet hat, die Seeschlacht Ende Oktober 1918 hätte die Entscheidung zu unsern Gunsten gebracht.

Herr Scheer war bei nüchterner Ueberlegung selbst andrer Ansicht. Nach der Flottenliste schrieb er in

einer Eingabe an den Kaiser, daß die Hochseeflotte Mitte August wieder kampfbereit sein werde.

Bei günstigem Verlauf der dann einsetzenden Operationen wird der Gegner zwar empfindlich geschädigt werden können, trotzdem kann kein Zweifel bestehen, daß selbst der glücklichste Ausgang einer Hochseeschlacht England in diesem Kriege nicht zum Frieden zwingen wird.

Wer soll nach diesem Zeugnis den kindlichen Glauben aufbringen, an den politischen Erfolg der Seeschlacht zu glauben, an den Herr Scheer selbst nicht glaubte?

Aber konnten die Admirale an einen militärisch-taktischen Erfolg glauben? Angesichts des Verlaufs der Flottenkämpfe und der Erfahrungen der Skagerrackschlacht wäre das Wahrscheinliche gewesen.

Da sollen wir glauben, daß die Admirale Ende Oktober 1918 noch den Sieg erzwungen hätten? Selbst, wenn die Seeschlacht die englische Flotte empfindlicher geschwächt hätte wie die deutsche bis zur Umstellung des Kräfteverhältnisses — stand nicht die amerikanische Flotte in voller Stärke auf der Seite der Entente?

Hätte die deutsche Flotte die offenen deutschen Grenzen gegen Tirol, gegen Oesterreich verteidigen können? Wie hätten die Admirale Lothringen verteidigt? Sie werden uns am Ende noch erzählen, daß sie die Flotte auf Räder gejezt und nach München gefahren haben würden.

Finanzierung des Volksentscheids.

Entsprechend dem gemeinsam eingereichten Gesetzentwurf zur Fürstenernteignung traten am Dienstag nachmittag die Vertreter der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in Berlin zusammen und einigten sich auf folgende Punkte:

1. Herstellung und Finanzierung der Einzeichnungslisten sowie die erforderlichen Plakate mit dem Gesetzentwurf und der Aufforderung zur Einzeichnung erfolgt je zur Hälfte durch die Sozialdemokratische und Kommunistische Partei.
 2. Die Einzeichnungslisten werden zentral hergestellt und an eine für jeden Bezirk vereinbarte Adresse geschickt. Der Bestand an sämtlichen Gemeinden hat von dort aus mittels Einzeichnungsbriefes oder gegen Rückzahlung an alle Städte und Gemeinden zu erfolgen.
 3. Die Plakaterstellung und die Verteilung erfolgt nach demselben Schlüssel beide Parteien. In den Bezirken erfolgt zwischen den beiden Parteien eine Verständigung über die zu bearbeitenden Gemeinden, damit doppelte Arbeit vermieden wird.
- Alle organisatorischen Vorbereitungen sind mit der größten Gewissenhaftigkeit zu treffen, um eine Riesenzahl von Einzeichnungen für das Volksbegehren zu veranlassen. Versammlungen, Demonstrationen und andre Veranstaltungen usw. sind von den einzelnen Korporationen entsprechend den gestellten Beschlüssen der Verhandlungskommission selbständig zu führen.

In den Zentralinstanzen zeigen so die Kommunisten den besten Willen, den Volksentscheid zu einem Erfolg zu führen. Im Bezirk Magdeburg-Anhalt sieht es dagegen anders aus. Das Magdeburger Kommunistenblatt treibt gerade in der Frage des Volksentscheids keine Hege gegen die Sozialdemokratie weiter. In der letzten Nummer sogar verstärkt durch verheerende Bilder. Wenn die Einheitsfront so aufgefaßt wird, werden die Millionen von Mark, die jetzt in den Kampf gewieft werden müssen, nutzlos verpulvert.

So darf es nicht weitergehen. Mögen die Kommunisten rüthieren, was sie für notwendig halten, aber offene Hege gegen einen Kampfgenossen hat mindestens in der Frage zu unterbleiben, in der man sich zusammengefunden hat. Sonst liegen die Fürsten und ihr Troß.

Strenge Kritik.

Dieses Stücklein erzählt mir einmal Richard Dehmel während des Krieges:

In einer Köchertische wurden die Mädchen in der obersten Klasse angehalten, daß sie und je auch in der zeitgenössischen Dichtung anzuführen, und kurz vor Caesarschlachtfunden kam in einer Sonderhande die geliebten Bücher oder Sünde eine kurze Besprechung. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die moderne Spiel in den Kreis der Betrachtung gezogen, und die betreffenden Gedichte mußten auswendig vorgetragen werden.

Da hatte einmal eine der Mädchen auch mich gewarnt. Ihre Wahl war ein mein ausbruchsloses Naturgedicht „Sommerabend“ gefallen, das mit den Worten beginnt: Hier rufen die Vögel auf der weiten Flur, fern demppf der See, das hohe Nadelbäume.

Sie hatte, wie sie eifrig jagte, das Gedicht nicht gewöhnt, weil es ihr gar gefallen hatte, sondern weil es, in einem Konzert gesungen, großen Eindruck auf sie gemacht hatte. Nach dem Vortrag in der Klasse herrschte Stille. Der Aufforderung der Lehrerin, sich wenig zu dem Gedicht zu äußern, konnte nur wenige Schülerinnen nach.

Da redete sich die Pädagogin auf ihrem Einble, daß er laute, nahm den Meißer von der Seite und sagte: „Mozart! Sie, das Gedicht ist ja schön, aber damit auch Ihr Gedicht! Sie, das Gedicht ist ja schön, aber damit auch Ihr Gedicht! Sie, das Gedicht ist ja schön, aber damit auch Ihr Gedicht!“

Da sprach der junge Mädchen lieber noch noch gut nicht von mir gewagt, vor allem nicht, die „interessant“ ist ja. Jetzt fangen sie natürlich erst recht an, sich mit mir zu beschäftigen. Das war aber unter den Vorlesungen ein Spiel, und der Herr Lehrer auch bis zu dem Tage gehalten an dem er mir als Klassenlehrer diesen Spitz erzählte. Des Mädchens Worte für die nächste Fortgangsanrede ein wenig bekanntes Gedicht von Goethe und jagt nach dem Titel: „Von Richard Dehmel“.

Dehmel fiel der Spring der Lehrerin nach jählicher aus. In einem Inn, gegen den es einfach keinen Widerspruch gab, sagte sie: „Das Gedicht ist auch viel schöner als das vorige.“

Forderungen der Mätressen.

Dem Rechtsausschuß des Reichstags, der sich am Dienstag wieder mit der Fürstenernteignung beschäftigte, ist ein Schreiben des Vertreters der Damen des Hauses Mecklenburg-Strelitz zugegangen, in dem darauf hingewiesen wird, daß nach dem Auseinanderziehungsvertrag der Freistaat Mecklenburg-Strelitz die Familie auch für Rechtsansprüche Dritter schädlos zu halten hat. Als Dritte kommen bekanntlich die einstigen Mätressen des letzten Großherzogs in Frage.

Ueber die Auseinanderziehungen in Lippé-Definold wird dem Ausschuß berichtet, daß das frühere Fürstenhaus etwa ein Siebentel des Nominalvermögens erhalten hat. Das Abkommen ist jedoch vom Fürsten im Juni 1925 angefochten worden; außerdem wurden Aufwertungsansprüche geltend gemacht. Zwei Nebenlinien erhalten etwa 55 Prozent der Renten, die sie vor 1918 erhielten. Die Nebenlinie Schumann-Lippe hat in verschiedenen Prozessen zumungunsten des Staates obgesiegt. Das Vorpommersche Landespräsidium vertritt die Auffassung, daß eine reichsgerichtliche Regelung der Abfindungsfrage im Interesse des

Deutschlands Vertreter auf der Abrüstungskonferenz.



Zu den Verhandlungen der Abrüstungskommission des Völkerbundes wird von deutscher Seite Graf Johann Heinrich Bernstorff entsandt werden. Graf Bernstorff, seit 1921 demokratischer Reichstagsabgeordneter, gehört zu den bekanntesten Diplomaten Deutschlands. Er wurde 1862 als Sohn eines preussischen Boten in London geboren, trat 1889 in den diplomatischen Dienst, war 1906-08 Generalkonsul in Ägypten und von 1908 bis zum Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg (1917) Botschafter in Washington. 1917/18 war er Botschafter in Konstantinopel. Graf Bernstorff ist Präsident der Deutschen Liga für Völkerbund und Vizepräsident des Weltverbandes der Völkerbundsliga.

Landes bringen notwendig ist; außerdem hält es einen Beschluß für notwendig, nach dem alle schwebenden Prozesse bis zur reichsgerichtlichen Regelung ausgesetzt werden.

Eine Geschäftsordnungsdebatte entspann sich dann über die Behandlung des beantragten Sperrgesetzes, das im Plenum ohne Aussprache über den Gesamtkomplex der Abfindungsfragen möglichst schnell erledigt werden soll. Die Vertreter der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion erklärten sich mit einer debattelosen Erledigung des Sperrgesetzes einverstanden, die Deutschnationalen aber verweigerten, auf eine Aussprache nicht verzichten zu können.

Der dem Ausschuß zunächst vorliegende Entwurf des Sperrgesetzes hat folgenden Wortlaut:

Alle Rechtsstreitigkeiten, die bei den deutschen Gerichten über die Auseinanderziehung mit den ehemals regierenden Fürstenerntern schweben, werden bis zum Inkrafttreten einer reichsgerichtlichen Regelung ausgesetzt. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet.

Der Vertreter der Deutschnationalen erklärte, daß dieser Antrag verfassungswidrig sei und deshalb zur An-

nahme einer qualifizierten Mehrheit bedürfe. Ein Ergänzungsantrag der Regierungsparteien will das Sperrgesetz mit dem 30. Juni wieder außer Kraft setzen.

Der Fürstenernter Eberling bekämpfte das Sperrgesetz, weil es den Grundrechten der Weimarer Verfassung widerspreche. Auch die Reichliche Volkspartei wandte sich gegen das Sperrgesetz. Schließlich drachten Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung eine neue Fassung des Gesetzentwurfes ein.

Alle Rechtsstreitigkeiten, die zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstenerntern über die Auseinanderziehungen und alle damit zusammenhängenden Fragen anhängig sind, sind auf Antrag einer Partei bis zum Inkrafttreten einer reichsgerichtlichen Regelung (Gesetz oder Vorkonkordat) auszusetzen.

Die weitere Aussprache wurde auf Donnerstag vertagt.

Fast vier Millionen Unterschriften.

Durch Wolffs Telegraphen-Bureau wird mitgeteilt: Das zum Zustandekommen eines Volksbegehrens erforderliche Zehntel der bei der letzten Reichswahl amtlich ermittelten Zahl der Stimmberechtigten berechnet sich wie folgt: Letzte Reichswahl ist nach § 42 des Gesetzes über den Volksentscheid zurzeit der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl vom 26. April 1925. Dabei sind 39 414 316 Stimmberechtigte gezählt worden, die in der Stimmliste eingetragen waren oder einen Stimmschein abgegeben haben. Dazu kommen die Stimmberechtigten, die einen Stimmschein zwar ausgestellt erhalten, von ihm aber keinen Gebrauch gemacht haben; ihre Zahl beträgt 29 208. Ferner hat bei der Prüfung der Reichspräsidentenwahl im Wahlkreis Leipzig das Wahlprüfungsgeschicht festgestellt, daß die Zahl der Stimmberechtigten nach der Stimmliste in diesem Wahlkreis um 597 zu niedrig angegeben worden war. Insgesamt berechnet sich die amtlich ermittelte Zahl der Stimmberechtigten hiernach auf 39 444 121. Eine entsprechende Ergänzung der amtlichen Wahlstatistik steht bevor. Für ein Volksbegehren sind also zurzeit 39 444 113 gültige Unterschriften erforderlich.

Verlängerung der Militärkontrolle?

Ein Berichterstatter der Agentur Savas macht Mitteilungen über einen Bericht des Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Walsby, an den Vorsitzenden des Interalliierten Militärkomitees, Marschall Foch, über die schwebenden Entwaffnungsfragen. Deutschland befinde sich, sagt er, in mehrfacher Hinsicht in Verzug. Die erzielten Fortschritte genügen nicht, um zu dem Urteil zu gelangen, daß Deutschland seine Zusage vom 15. November gehalten habe. Jedoch könne das Nichtvorhandensein eines Ministeriums in Deutschland als eine Entschuldigung angesehen werden. Jedenfalls sei anzunehmen, daß wegen der Verzögerung Deutschlands eine ziemlich beträchtliche Verlängerung des Aufenthalts der Kontrolloffiziere in Berlin in Aussicht stehe.

Dazu bemerkt das Wolff-Bureau offiziös:

Die Durchführung der im Herbst v. J. zur Regelung der Entwaffnungsfrage zwischen der deutschen Regierung und der Vorkonferenz getroffenen Abmachungen ist in der Zwischenzeit von der deutschen Regierung zu energisch gefördert worden, daß die Regelung des größten Teils aller Punkte bereits abgeschlossen ist oder doch vor dem Abschluß steht. Insbesondere ist auch die Durchführung der hinsichtlich der fünf besonders schwierigen Punkte getroffenen Vereinbarung von der deutschen Regierung in der Zwischenzeit in die Wege geleitet worden. Wenn tatsächlich auf dem Gebiet der eigentlichen Entwaffnung über die Regelung einiger weniger Fragen eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte, so ist zu betonen, daß bei Anwendung des in der Note vom 16. November v. J. zugefügten Entgegenkommens eine befriedigende Regelung mit Sicherheit zu erwarten ist, zumal es sich hierbei zum großen Teile nicht um materielle Differenzen, sondern lediglich um Erörterungen über formale Fragen handelt. (Hiermit sind offenbar gemeint die Stellung des Oberkommandos der Reichswehr, das Verbot des Gebrauchs gewisser Waffen zu Ausbildungszwecken und die militärischen Vereinigungen. D. Red. v. B.)

Die hinsichtlich der Umorganisation der Polizei im Herbst d. J. getroffenen Abmachungen, sagt die Wolffmeldung weiter, sind von den Regierungen der Länder erfüllt worden. Diese sind unberzüglich darangegangen, die für den Aufbau der neuen Organisation erforderlich werdenden umfangreichen Maßnahmen vorzubereiten. Demu trotzdem in der Erledigung der die Polizei betreffenden Fragen eine gewisse Verzögerung eingetreten ist, so trifft die

das wir von diesem Herrn Dehmel hören. Ich erwarte, daß keine von Ihnen mehr ein Gedicht von Dehmel lernt; er ist ein unheiliger Schriftsteller.“

Willibald Dmankowski.

Zu Romain Rollands 60. Geburtstag

am 29. Januar 1926.

Deutschland rüflet sich, Romain Rolland zu ehren — Romain Rolland, der nicht eine Stunde dem Kriegs- und Siegeswahnsinn verfiel, der Führer derer zwischen den Fronten, den Wächter des Weltfriedens; Romain Rolland, der Dolmetsch Jung-Indiens, der Kämpfer der Gewaltlosigkeit; Romain Rolland, den Schöpfer von „Cromwell“, den Sprachmeister französischen und deutschen Geistes.

Deutschlands Künstler und Bühnengedächte, Deutschlands neue Generation, selbst Deutschlands Radiohörer werden ihn feiern als Künstler, als Menschen. In allen Teilen des Landes kommt die Frage, wie dieser große Europäer zu ehren sei durch eine Tat der Persönlichkeit im Geiste Rollands.

Die deutsche Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit wird am Tage des 60. Geburtstags Romain Rollands ihrer französischen Schwesteraktion, der er seit Ausbruch des Krieges ein ergebener und eifriger Freund und Förderer ist, den ersten Teil der Spende überreichen, die zur Pflanzung von Baumreihen noch kriegsloser Landstraßen im zentralen Gebiet Nordwestdeutschlands bestimmt ist. Die Magdeburger Gruppe hat auch einen Baum gestiftet.

Wir fordern alle, die Romain Rolland als Künstler, als Menschen ein Feind der Halbjuden davorbringen wollen, herzlich auf, sich an dieser Spende zu beteiligen. Romain Rolland ehren heißt den Gedanken der Humanität, heißt die deutsch-französische Verständigung, heißt sein eigenes Volk ehren.

Die Namen der Geber werden in der Adresse an Romain Rolland und bei der öffentlichen Übergabe der Gesamtbaumspende an die Empfänger genannt werden.

Inschriftung durch die Zentralkommission des deutschen Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Berlin-Schlesienstr. 1, Hagenhofenweg 201, II r.; Geldspenden auf ihr Postkonto Hamburg Nr. 61514 —

Soermus-Konzert. Der Bildungsausschuß der kommunistischen Partei hatte zu einem Konzert eingeladen, das der russische Geiger Soermus in den National-Theatern bot. Er spielte ein recht gemischtes Programm, von dem die slavischen Stücke am besten gelangten. Mozarts B-Dur-Sonate klang wenig markant; die Schwerblütigkeit der typisch russischen Auffassung verzerrt sich gegen den Stil. So fehlte dem Komdo die Spritzigkeit und Leichtigkeit des Figurenmerkes, auch das Allegro schien uns nicht klar genug. Im Andante cantabile dagegen konnte sich der Geiger auszeichnen und uns am stärksten fesseln. Denn irgend etwas Fesselndes liegt in der Persönlichkeit und im Spiel dieses Mozarter Apostels: ein zigeunerischer Zug, eine musikalische Reglosigkeit und Leidenschaftlichkeit, die den romantischen Geigenfäden eine Paganini, Dvorjak oder Wieniawski sehr entgegenkommen. Dabei ist Soermus' Technik nicht einmal schadenfrei: Flageolett und Doppelgriffe gelangen nicht immer rein und tonklar — aber die Hingegenheit seines Strichs entschädigte irgendwie. Das nur auf der G-Seite gespielte Paganini-Stück zeigte, daß der Geiger die Klangmöglichkeiten seines Instrumentes in hohem Maße auszunutzen versteht: die Registerfärbung war ganz überragend. Auch Beethovens „Fürstlichem Narzisch“ blieb Soermus nicht schuldig. Den Rest des Programms bildeten alle bekannte Geigenstücke slavischer Komponisten, billige Eitelkeiten, die nur interessieren konnten, weil der Künstler ihren national-musikalischen Charakter treffend wiederzugeben verstand. — Die Gattin des Geigers, Virginia Tschakowski-Soermus, begleitet ihn nicht nur auf seinen Reisen (was ein schätzenswerter Zug ist), sondern auch auf dem Klavier (was uns weniger begrüßenswert erscheint). Sie behandelte das Instrument mit einer Trockenheit, die je gar nicht zu dem leidenschaftlichen Spiel des Geigers passen will; — durch übermäßigen oder ungeschickten Pedalgebrauch verlor sie zudem die klaren Linien des Mozartschen Klavierstückes bis zur Unkenntlichkeit. Auch scheint es ihr, trotz ihres erlauchten Mädchennamens: Tschakowski, an der nötigen Musikalität zu fehlen: mit der Ohne-Noten-Begleitung des Volksliedes „Der Lindenbaum“ bewies sie wenig Feingefühl für die Gezele der Harmonie und der Dynamik. — Durch die mit ungenügender sanfter und wohlklingender Sprache vorgetragenen, kommunistisch orientierten Einführungen zu den Musikstücken erwarb sich Soermus starken Beifall von seinen zahlreichen Hörern, — aber auch sein Spiel erfreute offensichtlich.

Verantwortung hierfür nicht die deutsche Regierung. Diese Verantwortung ist vielmehr lediglich darauf zurückzuführen, daß die noch schwebenden Besprechungen mit der Vorkonferenz über die Polizeibeamten im besetzten Gebiet noch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind. In diesen Verhandlungen werden von der deutschen Regierung keine über die getroffenen Vereinbarungen hinausgehenden Forderungen erhoben, da die Nichtrechnung der Polizeistärken des besetzten Gebiets bereits in der Note von Boulogne vorgegeben ist. Nach Klärung dieser Fragen wird auch die endgültige Regelung aller die Polizei betreffenden Fragen mit solcher Beschleunigung erfolgen können, daß die Interalliierte Militärkontrollkommission nach Ansicht der deutschen Regierung ihre Tätigkeit noch im Laufe des nächsten Monats zum Abschluß bringen kann.

Sozialdemokratische Forderung.

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Obere Rheinprovinz faßt zur gegenwärtigen Lage im besetzten Gebiet folgende Entschliebung:

Eine Reihe von Vorkäufen im besetzten Gebiet — Abbau des Zivilbesetztensystems, größere Freiheit im Versammlungsleben usw. — lassen erkennen, daß sich die Besatzungsbehörden allmählich auf den neuen, in Locarno gebornen Geist eingestellt haben. Trotzdem ist in der Bevölkerung das Gefühl vorhanden, daß sich die Auswirkungen der Verträge von Locarno ungenügend und in allzu langsamem Tempo vollziehen. Überall ist eine große Enttäuschung darüber vorhanden.

Dieses Gefühl wird besonders dadurch hervorgerufen, daß trotz der Versprechungen der Besatzungsmächte in London die in der 2. und 3. Zone verbleibenden Besatzungstruppen noch nicht vermindert worden sind und trotz aller Zusagen eine Entlastung des Wohnungsmarktes im besetzten Gebiet noch nicht eingetreten ist. Die vom französischen Oberkommando angekündigte Herabsetzung der französischen Besatzungsarmee um etwa 5000 Mann genügt nicht, um die berechtigten Wünsche der Bevölkerung in der zweiten und dritten Zone zu erfüllen.

Die Sozialdemokratische Partei, Bezirk Obere Rheinprovinz, erucht deshalb die Reichsregierung dringend, bei den Regierungen der Besatzungsmächte unausgesetzt darauf hinzuwirken, daß mindestens eine Verminderung der Besatzungstruppen auf die Zahl der deutschen Truppen im besetzten Gebiet in der Vorkriegsstärke erfolgt, daß ferner die deutsche Regierung mit allem Nachdruck darauf hinwirkt, daß die Besatzung des Rheinlands und die Abtrennung des Saargebietes vor Ablauf der im Friedensvertrag von Versailles festgesetzten Fristen besichtigt und die Souveränitätsrechte des Deutschen Reiches in diesen Gebieten wiederhergestellt werden.

Dieser Forderung der rheinischen Sozialisten schließt sich natürlich die gesamte sozialdemokratische Partei Deutschlands an. Mit Drohreden und dem Abzingen des Riebes „Siegfried woll'n wir Frankreich schlagen“ (möglichst noch alkoholisiert) ist nichts getan. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine wesentliche Beeinflussung der Besatzungspolitik ist die Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund.

Alfred, wie kam es?

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Der geistige Nährvater der deutschnationalen Presse und der Telegraphen-Union Eugenberg hat sich einmal in seinem Leben ein Verdienst erworben — und zwar um die deutsche Kunst. Es besteht nicht darin, daß er Gedichte gemacht hat; denn sie sind, parlamentarisch ausgedrückt, höchst minderwertig, sondern in der Anstellung der Herren Riegl und Rames als Mitarbeiter seines Konzerns. Er hat sich beide von der Bühne her verschrieben, die durch ihren Berufswechsel viel gewonnen hat. Herr Alfred R. Rames scheint aus Pietät in seiner journalistischen Periode ein Stück von den Brettern, die er früher betreten hat, vor dem Kopfe zu tragen. Sonst würde seine neueste Leistung nicht zu erklären sein.

Der Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Stampfer, hat bekanntlich den Spezialisten für den deutschnationalen Stellenjäger Schmidt, Herrn Riegl, im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags sich kräftig vorgebunden. Auf die wohlverdiente Geißelung seines Kollegen hat Herr Rames mit einem Artikel geantwortet, dessen Aufgeregtheit den Verdacht aufkommen läßt, daß der Verfasser am materiellen Ertrage des einstweilen letzten deutschnationalen Wagnisfeldzugs beteiligt ist und sich in seinem Geschäfte bedroht sah. Er sprach von dem jüdischen Cassenton Stampfers, leistete sich den geistvollen Hinweis, daß Stampfer der Gesellschaftsschicht nicht angehört, die auf kavaliermäßige Weise Satisfaktion zu geben pflegt, und stellte ihm Schläge mit der Reitpeitsche in Aussicht.

Herr Alfred R. Rames würde, wenn er geschwiegen hätte, sicher kein Philosoph geblieben sein, aber er hätte wenigstens die Erinnerung an einen für ihn mehr als peinlichen Vorgang nicht wachgerufen, der erkennen läßt, daß Worte und Taten bei ihm zweierlei sind. Er selbst hat nämlich einmal eine ihm zuteil gewordene wohlverdiente körperliche Züchtigung einge-steckt, wenn auch nicht ruhig. Es ist ihm nicht im Traume eingefallen, den Anschauungen der „höheren“ Gesellschaftsschicht, der er anzugehören glaubt, Rechnung zu tragen.

Herr Rames hatte es zum Mitdirektor eines Kölner Theaters gebracht. Seine Leistungen begegneten einer höchst ungünstigen Aufnahme beim Publikum. Daran trug seiner Ueberzeugung nach nicht seine geistige und künstlerische Unzulänglichkeit, sondern die Judenhaft die Schuld. Eines Tages gab er in einer Kölner Bar seinem Judenhaß im germanischen Cassenton Ausdruck. Da erhob sich ein anwesender jüdischer Arzt Dr. Baum von seinem Plaze, trat auf den schimpfenden Rames zu und versetzte ihm eine Ohrfeige von solcher Furchtbarkeit, daß der Betroffene sich über einen hinter ihm stehenden Tisch legte. Rames aber unterließ nicht nur jede Gegenwehr, sondern verließ unter einem erheblichen Aufwande von Schmähwörtern die ungasliche Stätte. Köln jubelte. Man bedauerte lediglich die quantitative Beschränkung, die sich Dr. Baum bei seinem Erziehungsversuch auferlegt hatte, und durch die ganze Stadt ging die Scherzfrage: Alfred, wie kam es in der Bar?

Herr Rames hat sich weder mit der Waffe, noch durch Anrufung des Gerichts Genußung verschafft. Er ließ an

seiner Stelle eine französische Kugel die Funktion der Rache übernehmen. Dr. Baum ist im Weltkrieg auf dem westlichen Kriegsschauplatz gefallen. Rames aber ist am Leben geblieben und mißt den Gelden. Minderwertige Komödianten haben stets eine Vorliebe für Rollen, die ihnen am wenigsten liegen.

Immer nur Kommunisten.

Am Dienstag begann vor dem 4. Straßsenat des Reichsgerichts ein Hochverratsprozess gegen Fuldaer und Frankfurter Kommunisten. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehens gegen das Republikstiftungsgesetz, Sprengstoffverbrechen und Verheimlichung von Waffenlagern haben sich der Schlosser Ferdinand Köst und sieben Genossen aus Fulda und Frankfurt zu verantworten.

Den Angeklagten wird zur Last gelegt, im Jahre 1923 und 1924 in Fulda und andern Orten sich an einem hochberräterischen Unternehmen beteiligt und dieses unterstützt zu haben. Auch waren die Angeklagten im Besitz von Sprengstoffen und Waffen. Bei einer Hausdurchsuchung im November 1924 wurden Handgranaten und Bomben, die aus Konservendbüchsen hergestellt waren, sowie ein Maschinengewehr, Gewehre, Revolver und eine größere Menge Gewehrmunition gefunden. Köst, der Vorsitzende der Ortsgruppe der kommunistischen Partei Deutschlands in Fulda war, stand mit der Kampfleitung Süddeutschlands in engster Verbindung und wurde durch diese finanziert. Er beschaffte für den militärischen Apparat in Fulda größere Mengen von Waffen sowie auch Maschinengewehre. Desgleichen hat er sich und seine Mitangeklagten an der Herstellung von Handgranaten beteiligt. Die Angeklagten, die geistlich sind, wollen die Waffen nur zur Abwehr der faschistischen Gefahr sich beschafft haben. Die Verhandlungen werden mehrere Tage dauern.

Unsre Justiz ist ein fabelhaft funktionierender Sühneapparat, sobald es gilt, Kommunisten aufzudecken und zu bestrafen, die zumeist nichts weiter sind wie in bewegter Zeit ausgelebte kindliche Mäuberromantiker. Handlungen, die heute überhaupt nicht mehr — auch von denen, die sie begangen haben — begreifen werden, bestraft man, als seien sie nicht während der schlimmsten Inflation, sondern als seien sie heute begangen worden.

Verständnis aber ist zu finden für „Geld“, die kalt-schnäuzig Arbeiter an die Wand stellen und abknallen.

Karneval 1926.



Europas Karneval ist ganz komplett. Das ist der große Frankensimitator, Der Kronprinz Carol ohne Himmelsbett, Und Ku-Klux-Klan, die Seele voll Salvador. Anstie Maste macht Herr Mussolini; Und Wilhelm spielt in Film und Kabarett; Im Hintergrunde mimt der Bayern-Kini. Europas Karneval ist ganz komplett.

Absage der Tessiner.

Im Tessiner (italienischer Kanton der Schweiz) Grosrat beantwortete der Regierungspräsident die Interpellation des Sozialdemokraten Zeli über die Verwarnung und Ausweisungandrohung durch den Bundesrat gegenüber dem italienischen Sozialisten Lonello wegen seiner Mitarbeit am Parteiblatt in Lugano. Der Regierungspräsident erklärte, daß sich die gegen Lonello erhobenen Anschuldigungen als nicht wahr herausgestellt hätten und daß das Vorgehen des Bundesrats mit der kantonalen Verfassung und den Bestimmungen über die Pressefreiheit in Widerspruch stehe. Die Ausführungen des Regierungspräsidenten wurden vom ganzen Räte mit Beifall aufgenommen und Zeli erklärte sich von ihnen befriedigt.

Die Debatte kam zustande, weil der schweizerische Bundesrat, zweifellos auf Veranlassung Mussolinis, dem italienischen Flüchtling Lonello, der in dem sozialistischen Blatte in Lugano schrieb, mit der Ausweisung drohte, wenn er noch weiter über Italien schreiben würde.

Diese Stellungnahme der Tessiner Kantonsregierung stellt eine schwere Blamage für den Bundesrat Motka dar, der, obwohl selbst Tessiner, in seiner Eigenschaft als Bearbeiter der auswärtigen Angelegenheiten der Schweiz, gegenüber den Dreistigkeiten der faschistischen Regierung ein Entgegenkommen erweist, das bereits lebhaftes Befremden in weiten Schichten des Schweizer Volkes hervorgerufen hat.

Frankreichs Forderungen.

Am Dienstag vormittag hat Briand den Ministerrat von den Instruktionen in Kenntnis gesetzt, die der französische Gesandte in Budapest zur Durchführung der Untersuchung in der Rotenführungsaffäre erhalten hat.

Wie der „Paris Soir“ dazu von autorisierter Seite erfahren hat, geben diese Instruktionen dahin, von den ungarischen Behörden zu verlangen, daß die französischen Polizeikommissare sowie die Vertreter der Armee von Frankreich in Budapest täglich über den Fortgang der Untersuchung auf dem Laufenden gehalten werden und alle durch die Angelegenheit kompromittierten Persönlichkeiten ohne Rücksicht auf ihre gesellschaftliche Stellung verhaftet und bestraft werden sollen.

Falls diese Forderungen nicht erfüllt werden, würde die französische Regierung eine Warnung an Budapest ergehen lassen.

Pariser Finanzdebatte.

Die französische Kammer hat am Dienstag nachmittag die Finanzdebatte begonnen. Sie wurde eingeleitet mit einem Diskussionsbesuch der Kommunisten, die den Antrag stellten, die Diskussion der Finanzprojekte zu vertagen bis zur Verabschiedung eines von ihnen eingebrachten Initiativgesetzentwurfs, der die Einführung einer, dem jeweiligen Stand der Lebenshaltungskosten entsprechenden gleitenden Skala für alle Löhne, Gehälter, Pensionen usw. fordert.

Der Forderung auf Ablehnung des kommunistischen Antrags, die im Namen des Kabinetts von dem Finanzminister und im Namen der Finanzkommission von deren Vorsitzenden gestellt wurden, schlossen sich auch die Sozialisten an. Ihre Haltung wurde von dem Abg. Renaudel begründet, der die Gelegenheit zu einem sehr geschickten Frontalangriff gegen die von Briand gewählte Taktik ergriff. Er erklärte, daß die sozialistische Fraktion unter keinen Umständen eine neue hinauschiebung der Finanzdebatte wünsche, die nach ihrer Auffassung bereits viel früher hätte beginnen müssen. Die Kammer dürfe nicht nochmals ihre Zeit mit nutzlosen Debatten verlieren, und deshalb müsse sie gleich zu Anfang der Diskussion Gelegenheit erhalten, sich in ungewohnter Weise über den Kern der ganzen Frage auszusprechen.

Die geschickte Intervention Renaudels hätte den gewünschten Erfolg, indem sie Briand zwang, zu Beginn der Debatte seine Karten aufzudecken. Er erklärte, daß, so sehr auch Eile geboten sei, die Kammer ausgiebige Gelegenheit haben müsse, sich zu den ihr von der Finanzkommission gemachten Vorschlägen zu äußern. Der von Renaudel gemachte Vorschlag habe den Nachteil, daß er sofort die Gegensätze in ihrer ganzen Schärfe aufeinanderstoßen lasse und so die Lösung der Krise erschwere.

Renaudel erwiderte darauf, daß in den Wandelgängen der Kammer und in der Presse seit über einer Woche eine heftige Kampagne gegen die Finanzkommission im Gange sei und die von der Regierung selbst als bedrohlich geschilderte Situation eine rasche Entscheidung verlange. Es habe keinen Zweck, den Kopf in den Sand zu stecken.

Notizen.

Münchener Polizeischikanen. Da nach Ansicht der Münchener Polizei die R. P. D. trotz des ergangenen Verbots ihre Demonstration am 27. Januar durchzuführen „gedenkt“, beschlagnahmte die Polizei in der Druckerei der kommunistischen „Neuen Zeitung“ die vorhandenen Flugblätter und Klebezettel und läßt außerdem seit Dienstag früh zwei Polizeibeamte den Druckereibetrieb überwachen. Wegen dieses polizeilichen Vorgehens hat die kommunistische Fraktion des Landtags am Dienstag eine Interpellation eingebracht, in der von der Regierung die Aufhebung der polizeilichen Besetzung der Druckerei gefordert wird. Außerdem verlangt die Interpellation die Aufhebung der vom Innenminister fortgesetzt über die kommunistischen Versammlungen verhängten Verbote. Zur Einbringung der Interpellation hat die sozialdemokratische Fraktion der zahlenmäßig unzulänglichen Fraktion der Kommunisten ihre Unterstützung zugesagt.

Kleingartenfragen im Landtag. Der preussische Landtagsausschuß für das Wohn- und Heimstättenwesen beschloß, die Schaffung von Dauerkleingärten im Rahmen des kommenden Städtebaugesetzes zu regeln und die im Entwurf vorgesehenen Kleingartenflächen den Spiel- und Sportplätzen gleichzustellen.

Völkischer im Untersuchungsausschuß. Der Untersuchungsausschuß des Reichstags zur Aufklärung der Fememorde, der 21 Mitglieder zählte, ist um ein Mitglied verstärkt worden, damit auch die in dieser Angelegenheit schwer kompromittierten Völkischen einen Vertreter im Ausschuß haben.

Altersrente für Lehrerinnen. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags nahm am Dienstag einen Antrag an, nach dem in den Haushalt eine Position eingestellt wird, aus der den ehemals in der allgemeinen Pensionsanstalt für Lehrerinnen und Erzieherrinnen versicherten Privatlehrerinnen eine Altersrente gezahlt werden soll. Annahme fand auch ein sozialdemokratischer Antrag, so bald als möglich ausreichende Mittel zur Unterstützung begabter unbemittelter Schüler in den Haushalt einzustellen. Zur Unterstützung der bildenden Künste wird eine Darlehns- und Unterstützungskasse beim Reichsverband bildender Künstler geschaffen. Die Regierung hat hierfür als Grundstock die Summe von 500 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Wieder mal Anspach. Der Spion und Urkundenfälscher Erich Anspach, der bereits 1923 und 1924 in Berlin zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden ist, stand jetzt vor dem Breslauer Schöffengericht wegen Fälschung eines Reisezeugnisses, auf Grund dessen er sich 1921 an der Breslauer Universität immatrikulieren ließ. Der Fall erregte seinerzeit das größte Interesse. Anspach wurde jetzt in Breslau zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, die in eine Zusatzzstrafe von 2 Monaten umgewandelt wurden.

Depeschen.

Chamberlain bei Briand.

Msk. London, 27. Januar. Zu der bevorstehenden Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Briand, die am Mittwochabend stattfinden, bemerkt der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, in der Frage der Stärke der Besatzungstruppen entspreche die britische Auffassung weder der französischen noch der deutschen, sondern sie gehe dahin, daß die Stärke der Truppen in der zweiten und dritten Zone dieselbe bleiben solle wie vor der Räumung Kölns.

Wie die Blätter melden, wird bei der Zusammenkunft in Paris über folgende Punkte beraten werden: 1. Ob Deutschland seine Abrüstungsverpflichtungen erfüllt habe; 2. ob die vorbereitende Kommission für eine Abrüstungskonferenz, wie vereinbart, am 15. Februar zusammenkommen oder ob ihr Zusammentreten aufgeschoben werden solle; 3. ob Deutschland zum Völkerbund zugelassen werden solle, bevor die Interalliierte Militärkontrollkommission ihre Arbeit beendet und Berlin verlassen habe.

Russische Goldsendung nach London.

Msk. London, 27. Januar. „Daily Telegraph“ zufolge traf gestern in London das deutsche Schiff „Schwalbe“ mit Gold aus Leningrad im Werte von 1 Million Pfund Sterling ein. Das Gold wurde nach einer Bank geschafft. Wie verlautet, ist das Gold in England als Sicherheit für die jüngst von der russischen Handelsdelegation bei englischen Firmen erteilten Bestellungen deponiert worden.

Rebel in Hamburg.

Msk. Hamburg, 27. Januar. Der Seeschiffsverkehr auf der Elbe und im Hafen ist durch harten Rebel vollständig lahmgelegt. Seit heute nacht 12 Uhr ist kein Schiff angekommen noch abgegangen. Auch das Verholen von Seeschiffen mußte eingestellt werden. Der Verkehr auf der Unterelbe ruht fast vollständig. Von der Eskandenburg wird ebenfalls harter Rebel gemeldet.

Konzerthaus-Redoute 2. Februar!

Fürstenhof - Lichtspiele.

Sonnabend, 30. Januar, nachm. 3 Uhr,
Sonntag, 31. Januar, vormittags 11 Uhr

Filmvortrag
Oberingenieur Dreyer (Hannover)

Polarfahrt

mit dem Lloyd-Dampfer „München“ nach

Norwegen Island Spitzbergen

Der Film gewaltiger polarer Romantik.
Interessante Trick- und Zeichenfilme.
Mitternachts-Sonne, Gletscherbewegung,
Golfstromdriften.

Film der Döring-Film-Werke Hannover.

Kartenverkauf: Verkehrsverein, Breiter Weg, und
Theaterkasse — Sonnabend halber Preis.

ZENTRAL

Täglich 7 1/2 Uhr:

Das Weib im Purpur!

Katharina II., die große Zarin
mit
Karinska und Dolinoff
vom Casino de Paris als Gäste.

Sonntags 2 Vorstellungen
8 1/2 Uhr (keine Preise) und 7 1/2 Uhr

Siebenstägiger Kartenvorverkauf!

Zentraltheater - Restaurant

Heute Donnerstag

Ehren-Abend

für
Karl Waterstradt

unter Mitwirkung der
Kapelle Alois Hofsch
u. der ersten Bühnenträfte
des Zentraltheaters sowie
anderer Magdeburger
Künstler.

Wilhelm Buschs

sämtliche Werke
auch in einzelnen Ausgaben

empfehlen
Buchhandlung Volksstimme

Städt. Orchester

Montag den 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr

7. Sinfonie-Konzert, Abt. AIV im Stadttheater.

Leitung:
Generalmusikdirektor Walter Beck.
Solist: Erwin Fischer (Berlin), Klavier.

Kaufmann: Dramatische Ouvertüre.
Schubert-Liszt: Wanderer-Fantasie.
Mozart: Fantasie o. Fuge C-Dur, Rondo D-Dur
Haydn: Sinfonie III Es-Dur

Öffentliche Hauptprobe: Sonntag den
31. Januar, vormittags 11 Uhr.

Eintrittskarten bei Heinrichshofen und 1/2 Stunde
vor Beginn an der Theaterkasse. 70

Proletarierfrauen

kaufen sich die Großhure von der
Genossin Luise Otto

Vorbeugen nicht
abtreiben
Sie finden darin mehr, als in bild-
leibig, gelebt werden können
Die Schrift ist ein ausreichendes

Anteiler für Eheleute.

5. Auflage. Preis 50 Pf.

Auswärts gegen Voreinsendung von
60 Pfennig an die

Buchhandlung Volksstimme
Magdeburg, Große Münzstraße 3.

Voranzeige



wieder ein herrliches Programm!

Reginald Denny
in der launigsten und tollsten Komödie

Warum soll er nicht....?

— Reginalds Brautfahrt —
Ein Film von Liebe, Autos und wilden Tieren.

Ferner:
Maria Corda
im großen Drama

Lippenstift und Bubikopf

Heute letzter Tag

Henny Porten
in ihrem schönsten Film

Tragödie

Die große Filmkomödie

Je oller - je doller

FÜRSTENHOF - ARKADIA
Nur noch heute u. morgen, 8 Uhr:
Der tolle Lustjäger
Adermann, was sagste mir?
Schw. L. M. u. Forbes-Mitte u. Buchbinder
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Nischenbrödel
Sonnabend 11-13 Uhr

Wöchentliches Angebot!
Speisezimmer
echt eich
Büfett 250 M.
Brezeln 75
Eisig 75
Zuckerhüte 50
Zusammen 450 M.
1 Stuhlfuß 120 M.
1 Stuhlfuß 75
Gustav Jentzsch
Breiter Weg 150.

Mädchenvolksschule Tangermünde
Heute Donnerstag, abends 8 Uhr
Elternbeirats-Sitzung
im Musikzimmer des Schulhauses in der
Schulstraße 233
Der Vorsitzende: Hillman.

Walhalla-Lichtspiele

Apfelstr. 12. Tel. 8112.

Ab heute:
Der sensationelle Zerkroman
der
„Berliner Illustrierten Zeitung“



Der Mann im Sattel

Das fiebernde Spannungsgesühl am
Zirk, der Begeisterungstanz der Massen,
die stielisch dahinstreichenden Volk-
blätter, die kleinen Distinktionen hinter
den Kulissen, — kurz alles das, was die
Romanik des Zirklebens nachzieht,
lebt hier in packender Wirklichkeit auf.

Unser zweiter Schläger:
Harry Hill

der Weltmeister-Decksch, in dem heftigen Drama

Satale Enthüllungen einer Bardame

Im Banne der Todesstrahlen.

Das fabelhafte Beiprogramm

Beginn: Werktags 4 1/2 Uhr.

Deulig-Palast

HEUTE

beginnen die Empfangstage von



Charley's Tante

aus Brasilien, von wo die Affen kommen!

Die größte Lachpille
der diesjährigen Filmsaison!

Nach der bekannten Komödie.

In der Hauptrolle:

Sid Chaplin

Wie eine Göttin des Humors wird sie über
alle Film Bühnen rutschen. Sid Chaplin ist
in ihr unbezahlbar in seiner Komik und ein
nie endender Humor zieht sich wie ein roter
Faden durch den ganzen Film! Auch in
Magdeburg werden wohl die Lachsalven
auf dem Alten Markt zu hören sein, wenn
Charleys Tante mit ihren Vorstellungen
beginnt.

Programm-Folge:
Ouvertüre „Die Fledermaus“

Deulig-Woche Nr. 5

Eine Fabel Aesops

Jim wird Bürgermeister

Groteske

Charleys Tante!

Kredit-

Bewilligung!
Anzahlung 10%.

Preisw. Angebot!

Verkauf gegen bar
1 schwerer, hoher, mod.

Bettstelle

in eiche od. nussbaum
1 Spiralmatratze,
verziert

Preis 50 M.

Gehäuse 60 bis
135 M., Vertikal
60-90 M., Tisch
28-65 M., Stühle
7-10 M., Chaisi-
longues 48-58 M.,
Wohnstimmchen
80-105 M.

Trumeaus 80 M.,
Büchertische 185 bis
130 M., Rücken
110-250 M. ufw.

Haustische, echt
eiche, 20-45 M.

Sämtl. Einzelmöbel
Speise-, Schlafzimmer

Ernst
Geissler

Breiter Weg 124, 1
Hallestr. Schrotb. Str.

Verjand n. all. Drien.

Teillzahlung
Anzahlung 10%

Stadttheater

Donnerstag, 29. Jan.
Auf 7 1/2 Uhr, Ende 9 10 Uhr

Song

Schauspiel v. E. Bröhan.

Freitag, 30. Januar
Auf 7 1/2 Uhr, Ende 9 10 Uhr

Fra Diavolo

Sonnabend, 30. Januar
Auf 7 1/2 Uhr, Ende 9 10 Uhr

Die drei Missetäter

Opern-Operntheater
Bismarck

Uda

Piesch- und Preisarten
aufgehoben

Wilhelm-Theater

Chöre-Veranstaltungen
Sonntag, 31. Januar
abends 8 Uhr

Chaiselongue

Wolke: Metzger,
reife Werfthaler,
auf preisw. verkauft.
Karl Bescke,
Spezial-Verfälscher
Spielstraße 2, part.

Lachen links

Jede Woche eine neue Nummer empfiehlt:
Buchhandlung Volksstimme.



Ab Freitag:

Der deutsche Spitzenfilm

Um Recht und Ehre

Ein nicht nur durch Lebenswahrheit, sondern auch durch
Rhythmik, Wucht und Fülle der Begebenheiten getreues
Abbild unserer Zeit. Der Film der prominenten Besetzung.

Harry Liedtke als Der tolle Teddy

Gräfin Agnes Esterhazy, Mary Parker

Harry Hardt, Robert Scholz, Olga Engl.

Heute letzter Tag

Werner Krauß, Diamira Jacobini

Der Trödler von Amsterdam

Die Geschichte eines jungen Mädchens von heute.

2 neue Fox-Grotesken.

Beginn: Sonntag 4 Uhr.